

stößt. Wir Sozialisten erkennen die Gefahr einer solchen Politik für das deutsche Volk und wissen um die hohe Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse für die Sicherung der Interessen unserer Nation. Jetzt hängt alles von der Verständigung der deutschen Arbeiterparteien und der deutschen Gewerkschaften ab, um eine wirkliche Entspannung auch in Deutschland herbeizuführen.

Wir sind bereit, alles in unserer Kraft Stehende für diese weitere Entspannung in Deutschland zu tun. Wir teilen Euch hierdurch mit, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 28. Juni 1956 beschlossen hat, die festgelegte Gesamtstärke der Nationalen Volksarmee in Höhe von 120 000 Mann um 30 000 Mann zu reduzieren, so daß die Gesamtstärke der Nationalen Volksarmee auf 90 000 Mann festgesetzt wird.

Die Regierung beschloß, die durch die Reduzierung frei werdenden materiellen und finanziellen Mittel für die Entwicklung des weiteren friedlichen Aufbaues der Volkswirtschaft zu verwenden.

Der Mannschaftersatz der Nationalen Volksarmee im Rahmen der 90 000 Mann hat durch Werbung von Freiwilligen zu erfolgen.

Durch diesen Schritt erbringen wir einen neuerlichen Beweis für unsere ernsthaften Bemühungen zur Entspannung.

Wir hoffen, daß unsere einseitige Maßnahme der Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte der Nationalen Volksarmee dazu beitragen möge, in der Bundesrepublik gleiche Maßnahmen zu veranlassen und auf die Einführung der Wehrpflicht zu verzichten.

Die Fragen der Entspannung in Deutschland und der Sicherung des Friedens haben die größte Bedeutung für die Arbeiterklasse und für die ganze deutsche Nation. Wir geben deshalb der Überzeugung Ausdruck, daß es gelingen möge, in dieser Situation die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen zurückzustellen. Wir schlagen Euch deshalb vor, gemeinsame Beratungen mit uns über die Fragen der Abrüstung und der Verhinderung der Wehrpflicht zu führen. Unser Vorschlag entspringt der alten sozialistischen Erkenntnis, daß unsere Arbeiterparteien eine besondere Verantwortung für das Schicksal des Volkes tragen, der wir gerecht werden können, wenn wir uns beraten und verständigen.

Mit sozialistischem Gruß

*Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*

Berlin, den 30. Juni 1956